



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2017
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 21.06.2017
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
5. Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen
6. Initiative "Kurve kriegen"
Bericht der Polizei Hagen
7. Vorstellung der Arbeit des Jugendrings
8. Situation der Erzieher*innen an Hagener Kitas
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 0562/2017
9. Antrag der CDU-Fraktion
Maßnahmen- und Angebotskonzept im Kinderschutz
Vorlage: 0155-2/2017
10. Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung"
Vorlage: 0517/2017
11. Offene Ganztagschule (OGS) - Änderung der Elternbeitragssatzung
Vorlage: 0346-1/2017



12. Offene Ganztagschule (OGS) - Änderung der Elternbeitragsatzung
Vorlage: 0346/2017
13. Wechsel der Trägerschaft in der Schulsozialarbeit
Vorlage: 0544/2017
14. Neubestellung der stellvertretenden Schriftführung für den Jugendhilfeaus-
schuss
Vorlage: 0347/2017
15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung vor der Sommerpause.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt er die Verpflichtung von Frau Kunze und Herrn Lingenberg vor.

Anschließend begrüßt er Frau Dahl als Nachfolgerin von Herrn Goebels.

Frau Dahl stellt sich kurz vor. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit.

Die Tagesordnungspunkte 11 und 12 werden zusammen beraten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Weitere Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt es nicht.

2. Mitteilungen

Frau Kaufmann weist auf eine ausgelegte Tischvorlage hin, in der über die Planung eines Pilotprojektes berichtet wird. Es gehe dabei um die Förderung der Tagespflege in der Kita zur Bedarfsdeckung von Randzeiten.

Herr Hannusch wird die Tischvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 4 vorstellen.

Herr Goldbach teilt mit, dass der Verwaltung die schriftliche Mitteilung darüber vorliege, dass die Evangelische Schülerarbeit Westfalen die bisherigen Trägerschaften, die über den Jugendförderplan gefördert würden, zum 31.12.2017 zurückgäben. Bekannt sei, dass die Jugendbildungsstätte aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung auch den Betrieb in Berchum zum 31.12.2017 einstellen müsse. Man bedaure das außerordentlich, weil man in den letzten Jahren mit dem Träger gut zusammengearbeitet habe. Die Jugendarbeit sei durch den Träger in den letzten Jahrzehnten erheblich bereichert worden. Man habe gemeinsam nach Alternativen gesucht und bereits Maßnahmen eingeleitet. Man werde dem Ausschuss nach der Sommerpause entsprechende Vorschläge unterbreiten.



Herr Reinke schließt sich den Worten von Herrn Goldbach an. Auch er bedaure die Entwicklung außerordentlich.

Frau Kaufmann teilt mit, dass man in dem zu ihrem Vorstandsbereich zugehörigen Europe-Direct-Büro plane, eine ganz besondere Veranstaltung durchzuführen, bei der nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmern mitmachen könnte. Zielgruppe seien die Menschen, die sich ganz spezifisch mit der Fragestellung der in Hagen lebenden Roma beschäftigten. Man wolle gemeinsam mit Unterstützung einer politischen Stiftung dorthin fahren, wo die Hagener Rumänen herkämen. Thema solle sein, wie die Integration gelingen könne. Es handele sich um eine Bildungsreise, bei der jeder Teilnehmer seine Kosten selber tragen müsse. Die Reise werde voraussichtlich Ende Mai nächsten Jahres stattfinden. Bei Interesse bitte sie darum, die Mitarbeiter des Europe-Direct-Büros zu kontaktieren.

Herr Reinke berichtet, dass nun nach der Landtagswahl die CDU und FDP am letzten Freitag den verhandelten Koalitionsvertrag öffentlich vorgestellt hätten. An erster Stelle würden als Themen Familie, Kinder und frühkindliche Bildung genannt. Das seien ja auch die Themen, die den Ausschuss bewegten. Man dürfe auf die Umsetzung gespannt sein. Formuliert sei zum Beispiel ein neuer Jugendförderplan ab 2018, bei dem die Mittel aufgestockt werden und die Förderung mehr in die Strukturen als in Projekte gehen solle.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Wiegmann berichtet von den Anliegen der Jugendräte.

Nach der Sommerpause stünden personelle Veränderungen bezüglich der Vertretung des Jugendrates im Jugendhilfeausschuss an.

Auf Rückfrage von Herrn Reinke berichtet er von den Politiktagen in Berlin.

4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Herr Hannusch erläutert die unter TOP 2 von Frau Kaufmann bereits angekündigte Tischvorlage zu der Randzeitenbetreuung in Kitas (**siehe Anlage 1 zu TOP 4**).

Anschließend berichtet er über den aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen (**siehe Anlage 2 zu TOP 4**).



5. **Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen**

Herr Goldbach informiert über den Stand der Angelegenheit der Martin-Luther – Kirche. Dort gebe es zeitliche Verzögerungen. Kritisch sei die Tatsache, dass die Realisierung der Maßnahme gemäß der Förderrichtlinien bis 2018 abgeschlossen sein müsse.

Bezüglich der Versorgungssituation der Unter – und Über- 3-Jährigen sei zu berichten, dass nunmehr 180 zusätzliche Plätze durch Erweiterung von Gruppen zur Verfügung stünden.

Frau Haack berichtet über die Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 5**).

In Bezug auf die Entwicklung des Zuzugs weist sie darauf hin, dass die Entwicklung auf den ersten Blick überraschend aussehe, weil die Zahl sowohl bei den Flüchtlingen als auch bei den EU-Zuwanderern ziemlich steil bergab gehe. Das bedeute aber nicht, dass deren Zahl gesunken sei.

Sie beschreibe das derzeitige Erhebungsverfahren und bittet den Ausschuss um eine Entscheidung darüber, wie man zukünftig mit der Stichtagsregelung umgehen wolle. Sie beschreibe eine Möglichkeit, wie man zukünftig verfahren könne, um die Daten langfristig möglichst realitätsnah zu ermitteln. Sie schildere die Vorteile, die das Verfahren mit sich bringe, wenn man das Stichtagsdatum zurücksetze.

Herr Goldbach erklärt, in dem Zusammenhang in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

6. **Initiative "Kurve kriegen"** **Bericht der Polizei Hagen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Passehl und Frau Brockhaus stellen das Projekt „Kurve kriegen“ vor.

Herr Passehl beantwortet die Frage von Frau Cramer, was der Begriff „Peergruppe“ bedeute. Früher hätte man den Begriff „Bande“ verwendet.

Frau Kaufmann bedankt sich für den Vortrag. Sie nimmt Bezug auf die 56 Teilnehmer, die erfolgreich abgeschlossen hätten. Sie bittet um nähere Ausführung darüber, was als erfolgreich definiert sei. Sie sei interessiert daran, was die pädagogische Arbeit ausmache. Seien die Erkenntnisse, die sich bei Wirkung und Erfolg bei der Evaluation niederschlugen, nicht auch präventiv einsetzbar?

Frau Brockhaus führt aus, dass für die Familien der Gesichtspunkt der Freiwilligkeit ganz wichtig sei. Man müsse deutlich machen, dass es sich um ein Angebot handle.



Man versuche, die Interessen des Kindes herauszufinden und so eine Beziehung aufzubauen.

Frau Kaufmann fragt, welche Rolle die einzelnen Teilnehmer in dem Zusammenhang spielten.

Frau Brockhaus berichtet, dass die Gruppe aus Teilnehmern verschiedener Programme bestehe. So könne man systemisch arbeiten.

Herr Passehl ergänzt, dass der pädagogische Erfolg hier von Bedeutung sei. Das erfordere ein Umdenken aus kriminaltechnischer Sicht. Er schildert ein Beispiel aus der Praxis.

Frau Köppen bestätigt aus ihrer Praxis, dass für diese Altersgruppe die Kombination eines polizeilichen und pädagogischen Konzepts sehr hilfreich sei.

Herr Sondermeyer macht deutlich, dass sich hier zeige, wie wichtig es sei, im konkreten Fall früh einzugreifen. Er fragt, ob man feststellen könne, ob die jungen Menschen bereits vorher selbst Opfer von Straftaten geworden seien. Würden die Eltern auch Opfer ihrer Kinder?

Herr Passehl bestätigt, dass es solche Fälle gebe, in denen die Betroffenen vorher bereits Opfer geworden seien. Die zweite Variante sei eher selten und noch nicht vorgekommen.

Frau Kaufmann kündigt an, sich bei Frau Brockhaus und Herrn Passehl wegen eines direkten Austausches melden zu wollen.

Herr Reinke stellt abschließend fest, dass es zu begrüßen sei, dass dieses Angebot jetzt als Regelangebot geleistet werde. Er wünscht weiterhin viel Erfolg für die Arbeit.

7. Vorstellung der Arbeit des Jugendrings

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Scharlau stellt die Arbeit des Jugendrings vor (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Herr Reinke bedankt sich für den interessanten Vortrag und wünscht weiterhin viel Erfolg bei der Arbeit.



**8. Situation der Erzieher*innen an Hagener Kitas
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 0562/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke weist auf die ausgelegte Tischvorlage zu der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Frau Köppen bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für die Stellungnahme der Verwaltung. Sie fragt, wie viele unbefristete Arbeitsverhältnisse es bei den Erziehern gebe.

Herr Hannusch beantwortet die Nachfrage. In den Fällen, in denen es möglich sei, strebe man eine Entfristung an.

Frau Köppen zeigt sich erfreut und überrascht, dass es gelinge, die Stellen bis auf eine Ausnahme alle zu besetzen.

Herr Hannusch bestätigt, dass das immer schwieriger werde. Die Situation verschärfe sich im Moment extrem. Man gehe in dem Zusammenhang neue Wege bei der Personalakquise.

Frau Köppen nimmt Bezug auf einen Presseartikel, dass in den Einrichtungen zu wenig Erzieher arbeiteten. Sie bittet um kurze Stellungnahme.

Herr Hannusch legt dar, dass dem in Hagen nicht so sei. Er könne sich eine solche Situation auch nicht vorstellen. Für jeden Betreiber einer Kita sei der Personalschlüssel verpflichtend vorgeschrieben. Er könne sich das nur bei privat-gewerblichen Kitas vorstellen, die nicht dem KiBiz unterlägen. Solche Kitas gebe es in Hagen nicht.

**9. Antrag der CDU-Fraktion
Maßnahmen- und Angebotskonzept im Kinderschutz
Vorlage: 0155-2/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass die CDU-Fraktion diesen Zusatzantrag in der letzten Sitzung zum Maßnahmen- und Angebotskonzept im Kinderschutz eingebracht habe. Der Ausschuss habe sich nicht in der Lage gesehen, so kurzfristig über diesen Antrag zu beraten. Aus diesem Grund sei die Beratung auf die heutige Sitzung verlagert worden.



Auf Wunsch des Ausschusses habe die Verwaltung das Thema noch einmal aufgearbeitet und eine ausführliche Stellungnahme dazu zur Verfügung gestellt. Darüber sei er ausgesprochen dankbar. Die Stellungnahme ende mit der Quintessenz, dass aufgrund der Fallzahlen nur ein Bedarf von maximal 0,75 Stellen bestätigt werden könne. Er könne von Seiten des Antragsstellers berichten, dass man dem so folgen und den Beschlussvorschlag in dem ersten Punkt entsprechend abändern wolle. Er liest den abgeänderten Beschlussvorschlag vor.

Herr Goldbach merkt an, dass man den gemachten Vorschlag mit dem Kämmerer rückgekoppelt habe. Wenn der Ausschuss das so beschließen würde, werde die Verwaltung den Beschluss des Jugendhilfeausschusses mit in die Haushaltsanmeldungen aufnehmen. Man werde die Zahlen dann bei den Haushaltsplanberatungen 2018/2019 wiederfinden. Das sei dann ein transparentes und sicheres Verfahren.

Herr Reinke stellt den veränderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Zahl der Familienhebammen wird zum Jahr 2018 von 2,5 Stellen **auf 3,25 Stellen** (Zuwachs: **0,75 Stellen** statt 0,5 Stellen) erhöht.
2. Die Stellen werden an freie Träger vergeben.
3. Der Sachkostenansatz des entsprechenden Budgets wird ab 2018 entsprechend erhöht.
4. Die entsprechenden Einsparungen bei den Aufwendungen für erzieherische Hilfen werden damit verrechnet.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD			
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0



10. **Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung"**
Vorlage: 0517/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Herr Reinke fragt, wie der Stand der Dinge in der Angelegenheit sei. Sei die Zusage bereits erteilt worden?

Herr Goldbach erklärt, dass man zeitnah damit rechne.

Herr Reinke lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Teilnahme am Bundesprogramm „Kita- Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ wie in der Vorlage dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD			
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



**11. Offene Ganztagschule (OGS) - Änderung der Elternbeitragssatzung
Vorlage: 0346-1/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass man die beiden Vorlagen unter 11 und 12 zusammen beraten wolle. Er berichtet über die Entwicklung der Thematik.

Frau Kaufmann ergänzt, dass man die Gelegenheit nutzen wolle, die von den kommunalen Spitzenverbänden geforderte Maximalmöglichkeit von 180,- € ab einer bestimmten Einkommensgrenze einzufordern. Man schlage vor, dass das im kommenden Schuljahr bereits in Kraft treten solle. Der Schulausschuss habe mit großer Mehrheit beschlossen, dass die Verwaltung prüfen solle, ob entsprechend der Dynamisierung der Beiträge auch die Einkommensgrenzen dynamisiert werden können. Diese Prüfung wird einen hohen Arbeitsaufwand erfordern.

Herr Reinke erinnert daran, dass man lange um die Gestaltung der Stufen gerungen habe mit dem Ziel, die Elternbeitragstabellen für Kita, Kindertagespflege und OGS gleichermaßen zu halten. In dem Zusammenhang habe sich an seiner Einstellung nichts geändert.

Er lässt über den Beschlussvorschlag der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

- a. Die Elternbeitragssatzung wird ab dem 01.08.2017 gemäß der Anlage 1 - rechte Spalte – beschlossen.
- b. Die Tabelle der Elternbeiträge wird ab dem 01.08.2017 gemäß der Anlage 2 - rechte Spalte - beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD			
CDU	3		
Die Linke		1	
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		



Mit Mehrheit beschlossen

Dafür:	<u>9</u>
Dagegen:	<u>1</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

**12. Offene Ganztagschule (OGS) - Änderung der Elternbeitragssatzung
Vorlage: 0346/2017**

Beschluss:

- a. Die Tabelle der Elternbeiträge wird ab dem 01.08.2017 gemäß der Anlage 1 beschlossen.
- b. Die Erhöhungen des Elternbeitrags zum 1. August eines jeden Jahres um 2%, kaufmännisch gerundet auf volle Euro, werden ab dem 01.08.2018, bezogen auf alle Einkommensstufen, umgesetzt.
- c. Die Elternbeitragssatzung wird ab dem 01.08.2017 gemäß der Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Beschlussfassung

**13. Wechsel der Trägerschaft in der Schulsozialarbeit
Vorlage: 0544/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke fragt, ob es ein Votum der AG 5 dazu gebe.

Frau Keller berichtet, dass die Vorlage am gestrigen Tag in der AG 5 vorgestellt worden sei. Diese habe ein positives Votum dazu abgegeben.

Herr Reinke erklärt, dass mit dieser Vorlage der Hinweis auf die Umsetzung der Schule 2.0 enthalten sei.



Es gehe dabei um die Fortführung der Nutzung des Schulgebäudes in Halden. Solle das zum nächsten Schuljahr wie in der Vorlage beschrieben umgesetzt werden?

Frau Kaufmann berichtet, dass die entsprechende Vorlage dann im Schulausschuss beraten werde. Das Schulgebäude in Halden solle reaktiviert und organisatorisch an die Realschule Halden angebunden werden. Dazu habe man bereits die Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg erhalten.

Frau Keller ergänzt, dass an diesem Standort sechs Klassen eröffnet würden und man dadurch bis zu einhundert Kinder unterbringen könne. Zielsetzung für die Verwaltung sei gewesen, die Lehrkräfte mit einer sozialpädagogischen Begleitung zu unterstützen, um die Kinder zeitnah in die Gesellschaft integrieren zu können.

Herr Sondermeyer bittet, zukünftig Abkürzungen wie „AG 5“ in den Vorlagen zu erläutern. Er wünsche sich einen Anhang zum Protokoll, aus dem die Aufteilung nach Trägern hervorgehe (**siehe Anlage zu TOP 13**).
Gebe es an der neuen Hauptschule Hohenlimburg / Remberg einen Schulsozialarbeiter? Er fragt außerdem, ob es einen verbindlichen Schlüssel bezüglich der Zahl der Schüler und dem Einsatz von Schulsozialarbeitern gebe.

Herr Goldbach führt aus, dass es keinen generellen Schlüssel für Schulsozialarbeit gebe. Es gebe unterschiedliche Ansätze von Schulsozialarbeit. Hier sei die Rede von kommunal eingesetzten Schulsozialarbeitern, die im Rahmen der Landesförderung finanziert würden. Daneben gebe es Schulsozialarbeiter des Landes, die historisch unterschiedlich zustande gekommen seien.
Er beschreibt die Entwicklung und derzeitige Ausstattung von Schulsozialarbeitern.

Auf Nachfrage von Herrn Sondermeyer macht Herr Goldbach deutlich, dass die Hauptschule mit Sitz in Hohenlimburg eine eigene Schulsozialarbeiterstelle des Landes in Vollzeit habe.

Herr Reinke erinnert daran, dass die Schulsozialarbeiterstellen seinerzeit befristet gewesen seien. Die CDU-Fraktion habe die Verwaltung seinerzeit gebeten, sich darum zu bemühen, dass die Schulsozialarbeit fortgeführt werden könne. Im Februar habe es entsprechende Absichtserklärungen der Landesregierung gegeben. Wie sei der Stand der Angelegenheit?

Herr Goldbach schildert die Entwicklung. Seitens des Landes sind die Befristungen aufgehoben worden.
Es liege die Willenserklärung vor, dieses Programm fortzuführen. Es bestehe eine Fördersicherheit bis zum 31.12.2018. Man habe mittlerweile drei Schulsozialarbeiterstellen entfristet. Andere liefen noch in der Befristung und würden nach Einzelfall beurteilt.
Man gehe davon aus, dass es auch über den Zeitraum von 2018 hinaus Schulsozialarbeit geben werde. Wie bereits berichtet, solle das auch ein Politikschwerpunkt sein, der fortgeführt werden solle. Das sei für Hagen sehr erfreulich. Man sei immer bei den Städten gewesen, die die Bedeutung von Schulsozialarbeit gerade in Kombination mit Verantwortung von Jugendhilfe besonders herausgestellt habe.



Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt vorbehaltlich der Zustimmung des Schulausschusses den Träger- und Standortwechsel.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD			
CDU	2		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 9
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

14. Neubestellung der stellvertretenden Schriftführung für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0347/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

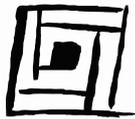
Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Hagen:

Frau Katja Schlachtenrodt zur 1. Stellvertreterin

Frau Martina Gleiß zur 2. Stellvertreterin

Der Beschluss gilt ab sofort.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD			
CDU	2		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 9
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.00 Uhr

gez. Detlef Reinke
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin



Stadt Hagen – Jugendhilfeausschuss –

ANWESENHEITSLISTE

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.06.2017
Ort: Rathaus an der Volme, Raum A 201

Beginn: 16.00 Uhr Ende: 18.00 Uhr

1. Mitglieder des Rates:

Marianne Cramer (CDU)
Corinna Niemann (CDU) bis 17.50 Uhr
Detlef Reinke (CDU)
Ralf Sondermeyer (Linke)

2. Stellv. Mitglieder des Rates:

keine

3. Stimmberechtigte Mitglieder in der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Karin Köppen

4. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder In der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Ulrich Hässner

5. Stimmberechtigte Mitglieder Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannten Träger der Freien Jugend- hilfe (von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)

Thomas Koslowski
Jana Kunze
Elena Grell
Hannah Scharlau



**6. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder
Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannte Träger der Freien Jugendhilfe
(von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)**

keine

7. Beratende Mitglieder:

Margarita Kaufmann
Reinhard Goldbach
Peter Passehl
Michael Lingenberg
Andrea Gebhardt
Aydogan Gül

8. Stellv. beratende Mitglieder:

David Wiegmann
Klaus-Dieter Kreuser
Martina Müller

9. Gäste:

Jennifer Brockhaus Polizei Hagen

10. Von der Verwaltung:

Frau Haack 55/01
Frau Thiede 55/013
Frau Keller 55/3
Herr Hannusch 55/4
Frau Dahl 55/6

Schriftführerin: Sabine Hogrebe